LEHRPLAN

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Gymnasialer Bildungsgang

Gymnasiale Oberstufe

HESSEN

Hessisches Kultusministerium
2010

Inhaltsverzeichnis		**Seite**
Teil A	**Grundlegung für das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 7G bis 9G und in der gymnasialen Oberstufe**	
1	Aufgaben und Ziele des Faches	3
2	Didaktisch-methodische Grundlagen	4
3	Umgang mit dem Lehrplan	5
Teil B	**Unterrichtspraktischer Teil**	6
	Der Unterricht in der Sekundarstufe I	6
1	Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Jahrgangsstufen 7G bis 9G	6
	Übersicht der verbindlichen Themen	7
1.1	Die Jahrgangsstufe 7G	8
1.2	Die Jahrgangsstufe 8G	14
1.3	Die Jahrgangsstufe 9G	20
2	Anschlussprofil von Jahrgangsstufe 9G in die gymnasiale Oberstufe	29
	Der Unterricht in der Sekundarstufe II	30
3	Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Einführungsphase und der Qualifikationsphase	30
3.1	Die Einführungsphase (E1 und E2)	32
3.1.1	E1	32
3.1.2	E2	34
3.2	Die Qualifikationsphase (Q1 bis Q4)	36
3.2.1	Q1	36
3.2.2	Q2	39
3.2.3	Q3	41
3.2.4	Q4	43
4	Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase	45

Teil A

Grundlegung für das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 7G bis 9G und in der gymnasialen Oberstufe

1 Aufgaben und Ziele des Faches

Demokratie braucht mündige, informierte und sozial handelnde Bürgerinnen und Bürger. Aufgabe des Faches Politik und Wirtschaft ist es, die Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln, die zum Verständnis politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sachverhalte erforderlich sind und die Grundlage eines politischen Urteils bilden sollen. Ziel ist eine verantwortliche Mitwirkung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft vorzubereiten.

Die moderne Gesellschaft ist geprägt durch sozialen, ökonomischen und politischen Wandel, der Innovation, Offenheit, Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft sowie soziale Verantwortung verlangt. Normative Leitbilder sind kontrovers und durch Interessen beeinflusst. Das muss auch im Unterricht in Politik und Wirtschaft deutlich werden; gleichzeitig hat sich der Unterricht an der normativen Wertordnung des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung zu orientieren und inhaltliche Orientierung zu vermitteln.

Das Fach Politik und Wirtschaft nimmt gegenwärtige und in die Zukunft weisende Fragen und Herausforderungen auf, die vor allem auf die

- Sicherung und Gestaltung natürlicher Lebensgrundlagen,
- Sicherung und Entwicklung der materiellen Lebensgrundlagen und die Zukunft der Arbeit,
- Gestaltung des sozioökonomischen und technologischen Wandels,
- Sicherung und Ausbau der Partizipation und der Menschenrechte,
- Sicherung des Friedens

zielen. Politik und Wirtschaft klärt die Gegebenheiten, Entwicklungstendenzen und -potenziale, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Um Sachverhalte und offene Fragen rational untersuchen, verstehen und bewerten sowie kontroverse Einschätzungen nachvollziehen und einschätzen zu können, vermittelt der Unterricht in Politik und Wirtschaft das notwendige Orientierungswissen aus der politischen Wissenschaft, der Soziologie, dem Recht und der Ökonomie zu den inhaltlichen Kernbereichen:

- Individuum und Gesellschaft,
- Demokratie, Partizipation und Menschenrechte,
- Recht,
- Medien, Informationsverarbeitung,
- Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung,
- Ökonomie und Arbeitswelt.

Ergebnisse, die in den Wissenschaften offen diskutiert werden, müssen auch - soweit sie für das Fach Politik und Wirtschaft bedeutsam sind - im Unterricht offen angelegt sein.

Politik und Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. Die inhaltlichen Schwerpunkte der politischen Bildung liegen insbesondere in den Kernbereichen „Individuum und Gesellschaft“, „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“, „Recht“, „Medien und Informationsverarbeitung“ sowie „Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung“. Politische Bildung steht in einem engen Zusammenhang mit dem politischen Geschehen und der gesellschaftlich-politischen Entwicklung. Sie beschäftigt sich mit den gegenwärtigen und den für die zukünftige Entwicklung bedeutsamen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen. Positionen, die in der öffentlichen Diskussion kontrovers sind, müssen - soweit sie für das Fach bedeutsam sind - auch im Unterricht kontrovers angelegt werden. Unabhängig davon muss politische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft wertbezogen sein. Der Unterricht gibt den Schülerinnen und Schülern normative Orientierung, indem er die Menschenrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Voraussetzung und Maßstab demokratischen Handelns begreift. Die Schülerinnen und Schüler sollen verstehen und einsehen lernen, dass im politischen Prozess über die Prioritäten von Entscheidungen ein öffentlicher Diskurs stattfindet, Willensbildung und Entscheidungsfindung notwendig Kompromisse einschließen und diese sich an den Vorgaben des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung orientieren müssen.

Das Fach ist Leitfach der ökonomischen Bildung. Strukturelle Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind ohne ökonomische Grundkenntnisse nicht zu erfassen. Die Bewältigung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die aktive Teilnahme an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung und die Gestaltung privater und beruflicher Lebenssituationen setzt ökonomische Bildung unabdingbar voraus. Wirtschaftliche Grundkenntnisse werden in einer demokratischen Gesellschaft benötigt,

- um wirtschaftliche und politische Vorgänge selbstständig durchschauen und eigene Interessen erkennen und vertreten zu können,
- um die Herausforderungen in der Rolle als Konsument, Arbeitnehmer, Unternehmer, Sparer, Versicherter, Steuerzahler und Wähler erfolgreich bewältigen zu können,
- um die Programme der verschiedenen Parteien beurteilen und sein Wahlrecht verantwortungsvoll ausüben zu können.

Ökonomische Bildung vermittelt Orientierung für den weiteren Bildungsgang und die Berufs- und Studienentscheidung. Im Verlauf des gymnasialen Bildungsganges ist deshalb ein Betriebspraktikum verpflichtend. Simulationen und Planspiele sowie Schülerfirmen stellen dabei wichtige handlungsorientierte Möglichkeiten dar, betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse zu erwerben. Ökonomische Bildung soll die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, sich den Herausforderungen des technischen und ökonomischen Strukturwandels aktiv zu stellen. Sie muss dieser Dynamik Rechnung tragen, die Grundlagen für eine sachliche Beurteilung vermitteln und gleichzeitig den Zusammenhang zu den Schwerpunkten der politischen Bildung beachten.

2 Didaktisch-methodische Grundlagen

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich-politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft erfordert ein Unterrichtskonzept, das die Erfahrungen der Lernenden aufgreift und die notwendigen inhaltlichen Kenntnisse vermittelt.

Folgende didaktisch-methodische Kategorien strukturieren den Unterricht in Politik und Wirtschaft:

➢ Schüler- und Handlungsorientierung sowie Wissenschafts- und Fachorientierung
Der Unterricht knüpft an vorhandene Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Orientierungen an, nutzt diese und erweitert die Kompetenzen. Sie sollen zu verantwortlichem, sozialem Handeln befähigen und den Lernenden Möglichkeiten und Grenzen bewusst machen, eigenständig und in Kooperation mit anderen zu handeln und auf öffentliche Vorgänge einzuwirken.
Wissenschafts- und Fachorientierung zielt auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Methoden als Orientierungswissen, um gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Sachverhalte, Probleme und Entwicklungen rational untersuchen, verstehen und einschätzen zu können. Sie strebt eine mehrdimensionale Betrachtung von Problemen und Lösungsmöglichkeiten an.

➢ Aktualität und Struktur
Anhand aktueller Fragen und Auseinandersetzungen sollen deren grundsätzlichen Strukturen verdeutlicht werden. So wird Orientierungswissen und die Fähigkeit zum Transfer auf neue Fragen und Auseinandersetzungen vermittelt.

➢ Kontroverse und Konsens
Sachverhalte, Fragen und Lösungsvorschläge, die in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert werden, werden mit den unterschiedlichen Positionen in den Unterricht eingebracht. Gleichzeitig wird der für die politische Entscheidungsfindung notwendige Prozess der Konsensbildung deutlich gemacht.

➢ Offenheit und Werteorientierung
vermittelt die Bedeutung individueller Freiheitsrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Maßstab politischen Handelns. Die Menschenrechte können ihrem Wesen nach nicht indoktrinierend oder moralisierend vermittelt werden. Das Fach Politik und Wirtschaft muss vielmehr bei der Behandlung ihrer Problemstellungen von der Sache her überzeugend darlegen, warum die Menschenrechte und der demokratische Rechts- und Sozialstaat als unverzichtbare historische Errungenschaften gesehen werden, die das Individuum schützen, den sozialen Ausgleich und den demokratischen Staat sichern.

➢ Methodenorientierung

Das Methodenlernen ist durchgängiges Prinzip des Unterrichts und soll die Schülerinnen und Schüler zunehmend in die selbstständige Auseinandersetzung und Erarbeitung einführen.

Es geht um

- methoden- und handlungsorientierte Unterrichtsverfahren,
- die Entwicklung von Interaktions- und Kommunikationsformen, die reflektiertes soziales und kooperatives Lernen mit den Elementen Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie Konfliktwahrnehmung und -lösung ermöglichen,
- schülerbezogene Arbeitstechniken, Präsentations- und Moderationsmethoden sowie Visualisierungsformen.

Aktualität und Struktur, Kontroverse und Konsens, Offenheit und Wertbezug sowie die Methodenorientierung müssen gleichermaßen beachtet werden.
Im Sinne der Zielsetzung des Faches stehen unabhängig von der jeweils notwendigen Schwerpunktsetzung die Bereiche „Politische Bildung“ und „Ökonomische Bildung“ in einem didaktischen und inhaltlichen Zusammenhang.

Folgende Fragen sollen die Bearbeitung leiten:

- Welche Sachverhalte gilt es zu vermitteln?
- Welche aktuellen Ereignisse lassen sich dem Inhaltsbereich zuordnen?
- Welche Probleme und Herausforderungen sind erkennbar?
- Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab?
- Welche Erfahrungen haben die Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der angesprochenen Inhalte und Fragen?
- Welche Methoden, Arbeitsweisen und Präsentationstechniken gilt es zu vermitteln?
- Welche Handlungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen sich?
- Welche Lösungswege werden diskutiert und welche Konsequenzen sind damit jeweils verbunden?
- Welche Einstellungen und Werthaltungen sind notwendig, um die gesellschaftlichen und persönlichen Herausforderungen zu bewältigen?

3 Umgang mit dem Lehrplan

Der Lehrplan gibt Inhalte vor, die jedoch noch keine thematische Konkretisierung bedeuten. Vielmehr geht es darum, dass die jeweilige Schule und die jeweiligen Lehrkräfte diese, um den Zielen des Faches gerecht zu werden, für den Unterricht durch die didaktisch-methodischen Vorgaben strukturieren und in thematischen Unterrichtseinheiten konkretisieren. Im Sinne der Zielsetzung des Faches soll hierbei auch der Zusammenhang zwischen den Bereichen „Politische Bildung“ und „Ökonomische Bildung“ deutlich werden. Der Lehrplan lässt damit Gestaltungsspielräume sowohl für die pädagogische Kreativität der Lehrenden und die Mitsprachemöglichkeit der Lernenden als auch für die planerische Arbeit der Fachkonferenzen.

Verpflichtend zu unterrichten sind nur die verbindlichen Unterrichtsinhalte, die allein zum Erreichen des Anschlussprofils notwendig sind. Die genannten fakultativen Inhalte verstehen sich als Vorschläge zur Ergänzung und Erweiterung der verbindlichen Inhalte.

Verbindlich sind die Inhaltsbereiche, deren Zuordnung zu den Jahrgangsstufen und die entsprechend gekennzeichneten Unterrichtsinhalte. Die Stichpunkte geben den inhaltlichen Rahmen der Erarbeitung an, innerhalb dessen Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Eine unterschiedliche Gewichtung ist dabei möglich.

Die den einzelnen Inhaltsbereichen zugeordneten didaktisch-methodischen Hinweise nehmen die allgemeinen didaktisch-methodischen Grundsätze des Faches auf und konkretisieren sie hinsichtlich der Inhalte.

Den einzelnen Inhaltsbereichen werden die zu vermittelnden Methoden und Arbeitsweisen zugeordnet. Dies gilt insbesondere auch für den Umgang mit den neuen Informationstechnologien. Hierbei geht es nicht um die systematische Einführung, sondern um die Anwendung und das Üben und Festigen von Fertigkeiten aus dem Bereich der IKG in der Bearbeitung der Ziele und Inhalte des Faches Politik und Wirtschaft.

Teil B

Unterrichtspraktischer Teil

Der Unterricht in der Sekundarstufe I

Die Lehrpläne sind getrennt nach Sekundarstufe I und Sekundarstufe II auf der Homepage des Hessischen Kultusministeriums abrufbar. Daher ist hier der Teil zur Sekundarstufe I der Übersichtlichkeit halber entfernt worden.

Der Unterricht in der Sekundarstufe II

3. Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Einführungsphase und der Qualifikationsphase

In der gymnasialen Oberstufe greift der Unterricht die Inhalte, Problemstellungen und Methoden der Sekundarstufe I im Sinne eines Spiralcurriculums auf. Dabei nehmen die Komplexität und das Abstraktionsniveau zu. Die Themenstellungen werden differenzierter analysiert, interpretiert und bewertet. Neben der Vermittlung von grundlegendem Wissen sollen die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, selbstständig Probleme und offene Fragen zu erkennen, Interessen, Positionen und wissenschaftliche Zugänge zu reflektieren sowie Methoden zur Erarbeitung anzuwenden. Die in der Sekundarstufe I erworbenen methodischen Kompetenzen hinsichtlich selbstständiger Arbeitsorganisation, der Präsentation von Ergebnissen und der Arbeit im Team sollen weiterentwickelt werden.

In der Einführungsphase (E1 und E2) und in der Qualifikationsphase (Q1 bis Q4) werden die im Teil A aufgeführten gegenwärtigen und in die Zukunft weisenden Fragen und Herausforderungen aufgegriffen:

- Gestaltung des sozioökonomischen und technologischen Wandels,
- Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- Sicherung der materiellen Lebensbedingungen und die Zukunft der Arbeit,
- Sicherung und Ausbau der Partizipation und Menschenrechte,
- Sicherung des Friedens.

Deren schwerpunktartige Zuordnung zu Kurshalbjahren erfolgt auf Grund inhaltlicher Zusammenhänge, notwendiger Lernvoraussetzungen und organisatorischer Bedingungen. In der Einführungsphase (E1 und E2) und im ersten Jahr der Qualifikationsphase (Q1 und Q2) kann die Schule, um fachübergreifende oder berufsorientierende Projekte anbieten zu können, über die Abfolge der Kurse innerhalb eines Schuljahrs entscheiden. Die Schülerinnen und Schülern sollen bis zum Ende des zweiten Kurshalbjahres der Qualifikationsphase (Q2 - verpflichtende Belegung) über Grundlagenwissen, Problemverständnis und methodische Fähigkeiten verfügen, die es ihnen ermöglichen, sich als verantwortlich handelnde Bürger am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Die freie Belegung im zweiten Jahr der Qualifikationsphase (Q3 und Q4) eröffnet den Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten einer intensiveren Betrachtung und Auseinandersetzung mit globalen Entwicklungen, Kontroversen, Interpretationen und Lösungsansätzen.

In der Qualifikationsphase wird Politik und Wirtschaft in Grund- und Leistungskursen unterrichtet. Die Grund- und Leistungskurse unterscheiden sich nicht grundsätzlich in Inhalten und Zielen. Unterschiede bestehen allerdings hinsichtlich der theoretischen Vertiefung. Dies betrifft

- die Komplexität der Problemstellungen (auch hinsichtlich interdisziplinärer Komplexität),
- die Intensität der Untersuchungen und die begrifflichen Differenzierung,
- das Abstraktionsniveau der Untersuchungen sowie den Stellenwert theoretischer Analysen.

Der Unterricht in Leistungskursen erfordert in besonderem Maße die Selbsttätigkeit der Lernenden und bereitet auf die Studierfähigkeit in den Bezugswissenschaften vor. Zusätzliche Inhalte, die im Leistungskurs behandelt werden sollen, sind in den Kurshalbjahren jeweils einzeln ausgewiesen. Der Unterricht in Grundkursen, der sich im Übrigen eher auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse, Einsichten und Fähigkeiten konzentriert, hat gleichwohl auch wissenschaftspropädeutische Aufgaben zu erfüllen.

Die Inhalte werden durch folgende Felder strukturiert und den einzelnen Halbjahren zugeordnet:

Kurshalbjahre	Inhaltsbereiche	
E1	Sozialstruktur und sozioökonomischer Wandel	Abfolge variabel
E2	Ökologie und wirtschaftliches Wachstum	
Q1	Politische Strukturen und Prozesse	Abfolge variabel
Q2	Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	
Q3	Internationale Beziehungen und Globalisierung	
Q4	Aspekte der Globalisierung – Chancen, Probleme, Perspektiven	

Unabhängig von der Abfolge der Inhalte und der Schwerpunktbildung bei der Unterrichtsgestaltung bilden die Grundlage für die Abiturprüfung die von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) mit vier Lern- und Prüfungsbereichen. In mindestens drei der nachfolgenden vier Lern- und Prüfungsbereiche - und innerhalb dieser in mindestens einem Thema - müssen Schülerinnen und Schüler für die Abiturprüfung Kenntnisse erworben haben.

- Lern- und Prüfungsbereich Wirtschaft
  - Strukturpolitik
  - Konjunkturpolitik
  - Verteilungspolitik
  - Umweltpolitik
  - Arbeit und Beruf im ökonomisch-technischen Wandel

- Lern- und Prüfungsbereich Gesellschaft
  - Sozialstruktur und sozialer Wandel
  - Sozialisation in Familie, Schule, Beruf
  - Politische und soziale Integration
  - Mitbestimmung und Mitwirkung (Partizipation)

- Lern- und Prüfungsbereich politisches System und politischer Prozess
  - Das politische System der Bundesrepublik Deutschland
  - Politische Willensbildungsprozesse
  - Politische Ideen und Herrschaftssysteme

- Lern- und Prüfungsbereich internationale Politik
  - Friedens- und Sicherheitspolitik; internationales Krisenmanagement
  - Industrieländer und „Dritte Welt“
  - Entwicklungen in Europa und europäische Integration

Im Fach Politik und Wirtschaft werden Kenntnisse, Fähigkeiten und Einsichten vermittelt, die in einem wirtschaftskundlichen, einem sozialkundlichen, einem politisch-rechtskundlichen und einem die internationalen Beziehungen umfassenden Lern- und Prüfungsbereich erfasst sind. Der Lehrplan ordnet die vorstehenden Inhalte, die für die Abiturprüfung als Lern- und Prüfungsbereiche zur Verfügung stehen müssen, jeweils verbindlichen Themenfeldern mit entsprechenden Inhalten zu.

3.1 Die Einführungsphase (E1 und E2)

3.1.1 E1

E1	Sozialstruktur und sozioökonomischer Wandel	Std.: 23

Begründung:

Die Sozialstruktur Deutschlands lässt sich in ihrer Komplexität im Unterricht nicht nachbilden. Mit der unterrichtlichen Behandlung von Themen, die die Rolle des Individuums in der Gesellschaft analysieren, zeigt der Unterricht, wie individuelle und subjektive Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern als Voraussetzung und Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse interpretiert werden können. Sie werden gleichermaßen zum Subjekt und Objekt des Unterrichts.

Um den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die unterschiedlichen soziologischen Fragestellungen zu vermitteln, sollen mehrere Stichworte zur Sozialstruktur Deutschlands behandelt werden; die Schwerpunktbildung soll im Sinn einer schülerorientierten Unterrichtsplanung mit der Lerngruppe abgestimmt werden. Während das Stichwort Familienformen und Sozialisation von Jugendlichen an die Erfahrung der Schülerinnen und Schüler anknüpft und Selbstreflexion und Objektivierung der eigenen Situation erlaubt, zeichnen die übrigen Stichworte gesellschaftliche Zusammenhänge und Tendenzen nach und führen zum Verständnis struktureller Entwicklungen. Die angemessene Interpretation von Statistiken und Schaubildern (Stichproben-, repräsentative Erhebung, Zählungen, Umfragen) soll dabei ebenso Teil des Unterrichts sein wie die Beschäftigung mit exemplarischen Beispielen, die auch aus Reportagen, Literatur, Filmen oder Kunstdarstellungen entnommen sein können. Befragungen oder eigene Beobachtungen vor Ort zum Beispiel zur Schließung von Industrie- und Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben, zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer können die allgemein gewonnenen Ergebnisse veranschaulichen.

Der Analyse der Sozialstruktur liegen unterschiedliche theoretische Traditionen und verschiedene Erkenntnisinteressen zu Grunde. Dass dies so ist und ein Erklärungsansatz nicht alleinige Geltung zu beanspruchen vermag, soll den Schülerinnen und Schülern über die Beschäftigung mit mehreren verschiedenen Modellen deutlich gemacht werden. Ein ideologiekritischer Zugang zu soziologischen Erklärungsmodellen fördert bei Schülerinnen und Schülern die begründete Urteilsbildung und Skepsis gegenüber monokausalen gesellschaftlichen Erklärungsmustern.

Der sozioökonomische Wandel verlangt politische Antworten im Bereich der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. In der Kontroverse um Lösungsansätze spielen gesellschaftliche Interessengruppen und Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kammern, Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle. Diese Auseinandersetzung kann im fakultativen Bereich exemplarisch analysiert und beurteilt werden.

Die enorme Produktivitätssteigerung in allen drei Sektoren (Urproduktion, Industrie und Dienstleistung) als Folge technologischer und organisatorischer Innovationen und der internationale Kostendruck führten zu veränderten Branchen- und Berufsstrukturen. Sie ermöglichen und verlangen flexiblere Produktion, die dem Konsumenten/Kunden verbesserte und auch individuellere Produkte, dem Arbeitnehmer aber veränderte Arbeitsbedingungen beschert. Im Sinne einer zukunftsorientierten Berufs- und Studienvorbereitung soll der Unterricht den Strukturwandel und dessen Folgen für Ausbildung, Arbeit und Beruf deutlich machen und den Jugendlichen Hilfestellungen bei der Entscheidungsfindung für ihre Lebensplanung geben. Schülerinnen und Schüler können bei der Recherche zu einem sie interessierenden oder von ihnen angestrebten Beruf oder bei der Auswertung des Betriebspraktikums Erkenntnisse zu den angeführten Stichworten gewinnen, diese präsentieren und/oder als schriftliche Hausarbeit formulieren.

Ein Einblick in Methoden der empirischen Sozialforschung kann den Lernenden über einen eigenen thematischen Schwerpunkt, aber auch als methodischer Exkurs zu einem Thema des verbindlichen Teils gegeben werden.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:	**Themenstichworte:**
Struktur und Entwicklung der Bevölkerung	Familienformen im Wandel, Sozialisation von Jugendlichen, Altersentwicklung; Individualisierung; räumliche und soziale Mobilität
Strukturmodelle der Gesellschaft	Demografisch orientierte Analysen; Schichtungs- und Klassenmodelle; soziale Milieus; Sozialstruktur als soziales Rollengefüge
Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft	Sozialer, wirtschaftlicher Wandel, Modernisierung, Rationalisierung und neue Technologien; Berufsstruktur und Arbeitsmarkt; veränderte Qualifikationsanforderungen und Arbeitsbedingungen; strukturelle Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse; Flexibilität und berufliche Mobilität; Gleichberechtigung der Geschlechter in Beruf und Wirtschaft
Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:	
Politische Problemfelder und Lösungsansätze	Kontroversen, Interessen und Vorschläge in der Sozial- und Bildungspolitik, Struktur- oder Arbeitsmarktpolitik
Neue Schlüsselbegriffe der Gesellschaftsanalyse	Digitale Revolution, Informationsgesellschaft, Zweidrittelgesellschaft, Risikogesellschaft, ‚Neue Armut'
Einblick in Methoden empirischer Sozialforschung	Erhebungs-, Befragungs- und Auswertungsmethoden am Beispiel (z. B. Shell-Jugendstudie); Durchführung einer kleinen empirischen Untersuchung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Einführung in Fragestellungen und Instrumente der empirischen Sozialforschung
Computergestützte Befragung, z. B. GrafStat 4 – Ausgabe 2009

Querverweise:	**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**
Identitätsfindung: D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, Ku, Mu, G, Rka, Rev, Eth, Phil **Lebensentwürfe:** D, Rus, L, GrA, Rka, Eth, Phil, Rev, E **Mensch und Welt:** L, GrA, Mu, G, Ek, Rka, Rev, Phil, Phy, D, F, Ita, Rus, Ku **Sozialer Wandel:** E, F, Spa, Rus, Ita, L, G, Ek, Spo **Massenmedien und Kultur:** D, E, F, Spa, Ita, L, Inf **Zentralisierung – Dezentralisierung:** F, Ek, Spa, Rus, L **Stadt:** L, GrA, G, Ek, Phil, F, Rus, Ch **Programmierung – Simulation:** Inf, M, Ch, Phy **Internet und Hypertext:** Inf, Bio **Leistung:** Spo **Gesunde Lebensführung:** Spo, Eth **Ökonomie vs. Ökologie:** D, E, Spa, Ita, L, Ek, Rev, Phil, M, Spo **Klima und Boden:** Ch, Ek	Ökologische Bildung und Umwelterziehung Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung Erziehung zur Gleichberechtigung Kulturelle Praxis Friedenserziehung

3.1.2 E2

E2	Ökologie und wirtschaftliches Wachstum	Std.: 23

Begründung:

Schülerinnen und Schüler verfügen zum Thema Ökologie in der Regel über ein umfangreiches, aber unstrukturiertes Vorwissen. Daran anknüpfend soll der Unterricht einzelne Bereiche genauer untersuchen und gegenüber einem eher unspezifischen Bedrohungsgefühl durch eine gefährdete Umwelt sowohl die tatsächlich stattgefundenen Veränderungen und Entwicklungen als auch konkrete Umweltprobleme nachzeichnen. Die exemplarische Beschäftigung mit den angeführten Themenstichworten soll die Breite der gesellschaftlichen Aufgaben zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen deutlich machen.
Der Themenbereich Wirtschaftswachstum und Ökologie beschäftigt sich mit marktorientierten Lösungsansätzen und dem Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie. Es wird angeregt, die angeführten Stichworte im Rahmen einer exemplarischen Erkundung eines Betriebes der Region mit Öko-Audit zu untersuchen, zu bearbeiten und zu präsentieren.
Im Themenbereich Umweltpolitik soll der Unterricht die Wirkung politischer Entscheidungsprozesse und öffentlicher Meinung sowie die Mobilisierung von Veränderungspotenzialen als Antwort auf als gefährlich eingeschätzte Entwicklungen thematisieren. Hier kann den Jugendlichen klar werden, dass gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen veränderbar und dem politischen Handeln zugänglich sind und dass politisches Engagement sich lohnt. Die Aufgaben und Probleme der internationalen Umweltpolitik, zu wirksamen Vereinbarungen zu kommen, sind am ausgewählten Beispiel in den Unterricht einzubeziehen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:	Themenstichworte:
Wirtschaftswachstum und Ökologie	Ökologische Nachhaltigkeit; von der Ökologie als „negativem Standortfaktor" zum marktorientierten Umweltmanagement; soziale und ökologische Effekte und Kosten marktwirtschaftlicher Produktion
Umweltpolitik: Problemfelder und Lösungsansätze	Umweltpolitik zwischen marktwirtschaftlichen Anreizen und staatlichen Auflagen; Aufgaben und Probleme staatlicher Umweltpolitik (exemplarische Untersuchung z. B. aus dem Bereich der Agrarpolitik, der Verkehrspolitik, der Steuer- oder Subventionspolitik), nationale Umweltpolitik und internationale Vereinbarungen (z. B. Klimaschutz)

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:	
Exemplarische Untersuchung im Nahbereich	Energiebilanz der Schule, Abfallkonzepte Schule/Gemeinde, ökologisches Verkehrskonzept in Schule und Kommune; Erkundung von Betrieben mit Öko-Audit
Quantitative und qualitative ökologische Entwicklungen und Belastungen in unterschiedlichen Bereichen	Industrie und Landwirtschaft; Mobilität und Verkehr; Luft, Wasser, Boden, Klima, Ressourcenverbrauch; Verbraucherverhalten und Ökologie
Zwischen Standortsicherung, Wirtschaftsentwicklung und ökologischen Ansprüchen	Exemplarische Untersuchung von Planungsvorhaben; Interessen, Interessenkonflikte, Verfahren des Interessenausgleichs; Entwicklung eines Fragebogens; Präsentation einer kleinen empirischen Studie
Ökologische Kosten/Ressourcen	Ökologische Kosten-Nutzen-Analysen (Ökobilanzen); „Ökologische Schadensbilanz"

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse, Auswertung und Interpretation ökonomischer/ökologischer Daten und Positionen
Simulation und Planspiel
Präsentation von Ergebnissen

Querverweise:	**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**
Identitätsfindung: D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, Ku, Mu, G, Rka, Rev, Eth, Phil **Lebensentwürfe:** D, Rus, L, GrA, Rka, Eth, Phil, Rev, E **Mensch und Welt:** L, GrA, Mu, G, Ek, Rka, Rev, Phil, Phy, D, F, Ita, Rus, Ku **Sozialer Wandel:** E, F, Spa, Rus, Ita, L, G, Ek, Spo **Massenmedien und Kultur:** D, E, F, Spa, Ita, L, Inf **Zentralisierung – Dezentralisierung:** F, Ek, Spa, Rus, L **Stadt:** L, GrA, G, Ek, Phil, F, Rus, Ch **Programmierung – Simulation:** Inf, M, Ch, Phy **Internet und Hypertext:** Inf, Bio **Leistung:** Spo **Gesunde Lebensführung:** Spo, Eth **Ökonomie vs. Ökologie:** D, E, Spa, Ita, L, Ek, Rev, Phil, M, Spo **Klima und Boden:** Ch, Ek	Ökologische Bildung und Umwelterziehung Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung Erziehung zur Gleichberechtigung Kulturelle Praxis Friedenserziehung

3.2 Die Qualifikationsphase (Q1 bis Q4)

3.2.1 Q1

Q1	Politische Strukturen und Prozesse	Std.: GK 36 LK 63

Begründung:

Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse müssen sich in einem demokratischen Staat in dem Spannungsverhältnis von Legalität und Legitimität, Wertorientierung und Funktionalität, Partizipation und Effektivität bewähren.
Der Aspekt von Partizipation ist den Jugendlichen unmittelbar evident und wird auch von ihnen eingefordert. Ebenso ist die Bindung politischer Entscheidungen an die Werte setzenden Grundrechte, soweit sie Bürgerrechte gegen Staatseingriffe schützen, unstrittig und den Jugendlichen präsent. Für die politische Bildung bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Einsicht, dass den Grund- und Menschenrechten des Einzelnen die Grundrechte anderer oder auch die Überlebensfähigkeit und Sicherheit des Ganzen („wehrhafte Demokratie“) entgegenstehen können, also eine Abwägung von Grundrechten stattfinden muss. Die so verstandenen Grund- und Menschenrechte beziehen die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze und die Toleranz gegenüber den Rechten anderer mit ein.
Der Verfassung selbst innewohnende Spannungsverhältnisse werden oft als Widerspruch zwischen Verfassungsanspruch und -wirklichkeit empfunden, z. B. zwischen Art. 21 GG (Rolle der Parteien, Fraktionszwang) und Art. 38 GG (Unabhängigkeit der Abgeordneten), zwischen Gewaltenteilung und Mehrheitsbildung durch Koalitionen, zwischen Initiativrecht des Bundestages und tatsächlich dominierenden Gesetzesinitiativen der Regierung. Diese Widersprüche brechen bei kontroversen politischen Entscheidungen auf und sind unverzichtbarer Teil einer lebendigen Demokratie, die den Schülerinnen und Schülern im Unterricht nahegebracht wird.
Den Schülerinnen und Schülern vermitteln sich die Fragen der Grundrechte und der Regeln und Institutionen des politischen Systems in erster Linie an konkreten politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Darstellung der Medien. Politik wird als etwas Aufbereitetes, Punktuelles, austauschbar Aktuelles erfahren; sie steht in Konkurrenz zu sonstigen Themen in den Medien mit höherem Unterhaltungswert. Der in der Werbung um Wählerstimmen kritische gegenseitige Umgang von Politikern unterschiedlicher Parteien rückt zudem für die Jugendlichen die tatsächlichen Leistungen demokratisch verfasster Politik in den Hintergrund. Die Wertschätzung demokratischer Entscheidungsstrukturen ist aber für ein demokratisches System unabdingbar. Für den Unterricht ergibt sich daraus die Aufgabe, die kritische Betrachtung politischer Entscheidungsprozesse um das Verständnis für funktionale Willensbildungsprozesse zu ergänzen. Die Erarbeitung von Themenstichworten durch die exemplarische Untersuchung eines konkreten Gesetzgebungsvorhabens fördert die selbstständige Informationsbeschaffung und -aufbereitung und die Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler und vermittelt gleichzeitig Orientierungswissen über die Regeln und Institutionen des politischen Entscheidungsprozesses.

Auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen verlieren langfristige soziale und institutionelle Bindungen, stabile Wertorientierungen und Weltbilder zunehmend an Einfluss zu Gunsten einer individualisierenden und flexibleren Betrachtungsweise. Entsprechend ist die Bereitschaft des Einzelnen rückläufig, sich langfristig in gesellschaftlichen und politischen Organisationen (Parteien, Verbänden) zu binden. Soziales Engagement findet verstärkt in punktuellen Initiativen und in neuen sozialen Bewegungen statt, motiviert durch konkrete, individuelle Betroffenheit. Da gleichzeitig politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse langwieriger und undurchschaubarer werden, ist es Aufgabe des Unterrichts, den Bezug zum Leben der Schülerinnen und Schüler herzustellen, latente Problemstellungen aufzuzeigen sowie die institutionellen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten politischen Handelns zu klären.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:	Themenstichworte:
Verfassungsnorm und Verfassungsrealität	als Grundlage: Grundprinzipien der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland ; Art. 1 und Art. 20 GG; Grundrechte und Grundrechtsabwägung (GG, BVerfG); Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung; Parlament und Regierung im konkreten politischen Gesetzgebungsprozess

Partizipation und Repräsentation an ausgewählten Beispielen	Parteien (innerparteiliche Demokratie, Fraktionszwang und freies Mandat, Parteienfinanzierung) **LK**: von der Volkspartei zur professionalisierten Wählerpartei Wahlen (Wahlrecht, Wahlverhalten – Veränderungen, Parteien und Wählerschaft); Pluralismus und politischer Entscheidungsprozess (Verbände, zivilgesellschaftliche Gruppen); weitere Akteure und Formen der politischen Beteiligung (Volksbegehren, Volksabstimmung, Bürgeranhörung)
Medien	Einfluss der Medien auf die politische Willensbildung und die Definition politischer Aufgaben; Demokratisierung, Partizipation und neue Medien; Wandel der Medien; Medien zwischen Markt und gesellschaftspolitischer Aufgabe
Bundesrepublik Deutschland und europäische Integration	Prozess der europäischen Integration; institutionelle Strukturen und Entscheidungsprozesse in der EU (Europäisierung von Entscheidungsprozessen); Frage nach dem Demokratiedefizit in der EU
Politische Theorien (LK verbindlich, GK fakultativ)	Theoretische Grundlegung des modernen Verfassungsstaats, von der Durchsetzung hoheitlicher Staatlichkeit (staatliches Gewaltmonopol) zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat (Gewaltenteilung, Menschenrechte, Volkssouveränität) Plebiszitäre und repräsentative Demokratie, Pluralismustheorie und -kritik

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Politische Theorien – Vertiefung (LK)	Staat und Gesellschaft in unterschiedlichen Staatstheorien (z. B. liberale, sozialistische, strukturalistische Ansätze); das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat, Freiheit und Herrschaft in den Theorien ausgewählter Epochen
Medien (LK)	Rolle des Fernsehens, Möglichkeiten des Internets, Probleme der Print-Medien, Konzentration des Medienmarktes; Journalismus, Markt und Moral; Presse und Persönlichkeitsschutz; Medien, Wahrnehmung und Wirklichkeit

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse und Interpretation politischer Informationen
Kritische Reflektion und Bewertung politischer Positionen
Moderationsmethoden, Pro-Contra-Debatte
Selbstständige Anwendung des erlernten Instrumentariums der Analyse und Bewertung auf politische Strukturen und Prozesse
Theorieanalyse und systematischer Vergleich

Querverweise:	**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**
Demokratie vs. Diktatur: G, Ek, Rka, Rev, D, F (LK), Rus, Ita, L, Ku, E, Spa, GrA (Thema 2) **Mensch und Gesellschaft:** D, E, F (LK), Spa, Rus, L, Rka, Rev, Phil **Der Mensch und sein Handeln:** Rev, Rka, Ek, D, L, Eth, G, Phil, F, Ita, GrA (Thema 2) **Disparitäten:** Ek, Rka, Phil, E, F (GK/Profil E), Spa, Ita **Internationale Politik:** G, Ek, Rka, L, Spa, D, Mu **Sprache der Medien:** Ku, L, G, Ek **Utopien:** F, Rus, L, Phil, GrA (Thema 3) **Datenbanken:** Inf, G, Ek, Ch, M	Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung Friedenserziehung Erziehung zur Gleichberechtigung

3.2.2 Q2

Q2	Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	Std.: GK 36 LK 63

Begründung:

Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe betrachten das wirtschaftliche Geschehen vor allem aus der Perspektive von Konsumenten, als interessierte Beobachter auffälliger bzw. spekulativer Transaktionen in Bereichen der Waren- und Geldzirkulation oder unter dem Blickwinkel ihrer Berufswahlentscheidung. Sie haben aus der Sekundarstufe I und aus dem Unterricht der Einführungsphase bereits grundsätzliche Informationen zum Marktmechanismus und zu gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen. Daran anknüpfend geht es in diesem Halbjahrsthema um eine vertiefte Beschäftigung mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik sowie den Grundlagen, Chancen und Schwierigkeiten der Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Damit sind die Fragen der Selbstregulierung des Marktes, der Sicherung des Wettbewerbs und des sozialen Ausgleichs sowie der Ziele und der Instrumente der Wirtschaftspolitik angesprochen. Die Kontroversen zwischen einer Stärkung der Eigenverantwortung einerseits und staatlicher Lenkung und sozialer Absicherung andererseits können durch die Beobachtung der aktuellen wirtschaftlichen Situation nachvollzogen und beurteilt werden, makroökonomische Zusammenhänge durch ein Planspiel erfahrbar werden. Die unten genannten Stichpunkte geben dabei den Rahmen der Erarbeitung und der systematischen Einordnung an. Alternative wirtschaftspolitische Optionen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Gestaltung sollen im Leistungskurs und können im Grundkurs theoretisch fundiert werden. Den Schülerinnen und Schülern wird die Komplexität des Ordnungsmodells der sozialen Marktwirtschaft deutlich und die Notwendigkeit, diese zu überprüfen, zu gestalten und weiterzuentwickeln.
Die Volkswirtschaften und ihre Außenbeziehungen werden zunehmend durch wirtschaftliche Zusammenschlüsse und die Entwicklung integrierter Wirtschaftsräume bestimmt. Entsprechend hat die wirtschaftliche Integration Europas für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert. In die Diskussion über Chancen und Gefahren dieses Prozesses im Zusammenhang mit der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gehen die wirtschaftlichen und politischen Interessen unterschiedlicher Gruppen und Staaten ein. Dies gilt insbesondere auch für Fragen der Weiterentwicklung des Integrationsprozesses.
Der Unterricht muss die vorgenannten Aspekte berücksichtigen, d. h. die unterschiedlichen Perspektiven aufnehmen, deren Folgen antizipieren und den Schülerinnen und Schülern so eine eigene Urteilsbildung ermöglichen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:	Themenstichworte:
Soziale Marktwirtschaft	Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitbild; Funktion und Folgen des Wettbewerbs; Marktpreisbildung; Lenkungsfunktion der Preise; Konzentration in der Wirtschaft; Kartelle und marktbeherrschende Unternehmen; Entstehung und Verwendung des BIP; Kreislauf von Geld- und Warenströmen; Faktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des gesamtwirtschaftlichen Angebots
Ziele und Zielkonflikte wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns am Beispiel	„Magisches Vier-/Sechseck“ zwischen Stabilität, Inflation und Staatsverschuldung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit; Konjunktur und Konjunkturpolitik; angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik; Tarifautonomie und Lohnpolitik; Verteilungsrechnung des BIP und Einkommensentwicklung; Lohnquote und Gewinnquote
Wirtschaftliche Integration Europas	wirtschaftliche Integration und nationalstaatliche Interessen (exemplarisch anhand der Struktur-, der Wettbewerbs-, der Geld- oder der Sozialpolitik) **LK**: Europäischer Binnenmarkt
Verteilung des Volkseinkommens und Verteilungspolitik (LK verbindlich, für GK fakultativ)	Einkommens- und Vermögensverteilung; Problematik von Armutsdefinitionen; Verteilungspolitik: Soziale Gerechtigkeit zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip

Wirtschaftsethik (LK verbindlich, für GK fakultativ)	Finanzkapital und soziale Verantwortung; Kapitalismus, Gewinnorientierung und Moral

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Konzentration und Wettbewerb	Ursachen und Wirkungen von Konzentration **LK**: Marktformen, Kapitalbildung, Kapitalkonzentration und Investitionen, Transnationale Konzerne, Bedeutung der mittelständischen und kleinen Unternehmen
Konjunktur und Konjunkturpolitik	Wirtschaftsbewegungen und konjunkturelle Zyklen Investitionstätigkeit und Konjunktur, Krisenursachen und Krisenfolgen, angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, Geld- und Fiskalpolitik **LK**: keynesianische und monetaristische Konjunkturtheorie (von Keynes bis Friedman), Mischformen; Wohlfahrtsökonomie und Verteilungsgerechtigkeit
Wirtschaftsethik (LK)	Soziale Gerechtigkeit zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip; Finanzkapital und soziale Verantwortung; Kapitalismus, Gewinnorientierung und Moral

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse, Auswertung und Interpretation ökonomischer Daten, Positionen und theoretischer Modelle
Simulation und Planspiel

Querverweise:	**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**
Individuum und Gesellschaft: D, E, F, Ita, Rus, L, GrA, Ku, G, Phil, Rev **Strukturwandel:** Ek, Phil, F, Spa, G, GrA **Wirtschaftsprozesse:** G, Ek, E, F, M **Modellierung:** Inf, Ch	Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung Friedenserziehung

3.2.3 Q3

Q3	Internationale Beziehungen und Globalisierung	Std.: GK 36 LK 63

Begründung:

Das Thema Globalisierung nimmt Inhalte der Jahrgangsstufe 9G auf und enthält wirtschaftliche, kulturelle, politische und ökologische Aspekte. Der Prozess der Globalisierung bietet Chancen, ist aber auch mit Gefahren verbunden. Dem wachsenden Wohlstand durch Handel, der internationalen Zusammenarbeit von demokratischen Regierungen und NGOs stehen regionale Standortprobleme, Rückwirkungen auf nationale, politische Entscheidungsprozesse und ungleiche Verteilung von Lebenschancen gegenüber. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden bestimmt durch zunehmend flexible Kapital- und Warenströme, die wachsende Eigendynamik der Finanzmärkte gegenüber dem Warenhandel und die rapide Entwicklung der Daten- und Kommunikationstechnologien.
Der Unterricht soll die Schülerinnen und Schüler über Hintergründe, Fakten und Daten des Globalisierungsprozesses informieren, unterschiedliche Einschätzungen dieser Entwicklung überprüfen und die Voraussetzungen für eine kompetente Teilnahme an der Diskussion über dieses Thema schaffen.
Trotz aller Entwicklungserfolge im Zuge der Globalisierung bleibt Unterentwicklung als Problem bestehen. Angesichts der gegenwärtig wirtschaftlich dominierenden Weltzentren – die USA mit der nordamerikanischen Freihandelszone, die EU in Verbindung mit assoziierten Gebieten und beitrittswilligen Staaten sowie die Volksrepublik China, Indien und Japan – sollen differierende Entwicklungsbedingungen weniger entwickelter Länder und Regionen untersucht und daraus erwachsende Konfliktpotenziale sowie Lösungsvorschläge erarbeitet und eingeschätzt werden.

Nach 1989 versagen die bekannten Interpretationsmuster und Handlungskonzeptionen der bipolaren Weltordnung. Daher sollen die Schülerinnen und Schüler exemplarisch ausgehend von aktuell-relevanten Konfliktpotenzialen und Ansätzen zur Friedenssicherung die multipolaren Strukturen internationaler Zusammenarbeit erarbeiten. Auseinandersetzungen sollen auf die jeweiligen innerstaatlichen, regionalen bzw. globalen Ursachen und Gefahrenpotenziale hin analysiert und die Rolle der NATO, der Vereinten Nationen oder der OSZE in dem Konflikt und die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten thematisiert werden.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in der Außenpolitik der neuen Aufgabe gegenüber, die alten Westbindungen zu erhalten und die engen wirtschaftlichen Beziehungen außenpolitisch abzusichern sowie gleichzeitig die Öffnung zu den Ländern Osteuropas zu vertiefen. Bei der Übernahme von Aufträgen der Bundeswehr im Rahmen internationaler Friedenssicherung müssen die Konsequenzen für die außenpolitische Rolle Deutschlands und für die Funktion der Bundeswehr reflektiert werden.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:	Themenstichworte:
Weltwirtschaft und Globalisierung	Weltmarkt und Welthandel zwischen Liberalisierung der Märkte und globaler Ordnungspolitik; transnationale Konzerne, Standortfaktoren und Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung, internationale Finanzströme und Verschuldung
Entwicklungs- und Schwellenländer und ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den hochindustrialisierten Weltzentren	Ursachen und Folgen der ungleichzeitigen Entwicklung; Faktoren von Unterentwicklung (endogene und exogene Faktoren); Rolle internationaler Institutionen (z. B. Weltbank, Welthandelskonferenz, G 7- bzw. G 8-Treffen, NGO); Konzeptionen und Vereinbarungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung
Aktuelle internationale Konfliktregionen und die Möglichkeiten kollektiver Friedenssicherung	Interessen, Entstehungsgründe, Konfliktpunkte (Sicherung von Menschenrechten, Terrorismus, Friedenssicherung durch Vereinbarungen und Verträge, Einflusssphären); Entscheidungsprozesse in internationalen Organisationen (UNO, NATO oder OSZE); USA und EU;

	Friedensbegriff und Konzeptionen der Friedenssicherung **LK**: Theorie der internationalen Beziehungen
Die deutsche Außenpolitik: Aufgaben, Erwartungen, Probleme	Die sicherheitspolitische Lage Deutschlands; Bundeswehreinsätze in Konfliktregionen; Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik
Internationales Recht (LK)	Internationale Gerichts- und Schiedsgerichtsbarkeit; Souveränität und Völkerrecht; Selbstbestimmungsrecht der Völker

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Industrieländer – Entwicklungsländer	Entwicklungspotenziale, Entwicklungsstrategien; Entwicklung – Entwicklungspolitik; Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen; Struktur internationaler Arbeitsteilung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse und Interpretation internationaler Zusammenhänge
Kritische Reflexion und Bewertung politischer Positionen und Transformationsprozesse
Adressaten- und fachbezogene Präsentation der Sachverhalten und Ergebnisse
Konfliktanalyse, Medienanalyse, Konfliktsimulation

Querverweise:	**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**
Weltentwürfe: D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, GrA , Ku, Mu, G, Ek, Rka, Eth, Phil, Phy, Rev **Globalisierung:** G, Ek, Rka, Rev, E, Spa, Rus, Phy, Ch, Eth **Entwicklungsländer:** E, F, Spa, Ek **Krieg und Frieden:** G, E, Eth, Phil, D, E, F, Rus, L, Mu, Spa, Ch	Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung Friedenserziehung Rechtserziehung Kulturelle Praxis

3.2.4 Q4

Q4	Aspekte der Globalisierung – Chancen, Probleme, Perspektiven	Std.: GK 24 LK 43

Begründung:

Für das Kurshalbjahr Q4 stehen fünf Themen zur Auswahl, von denen mindestens zwei im Unterricht zu behandeln sind. Welche Schwerpunkte gesetzt werden, entscheidet die jeweilige Lehrkraft im Rahmen der Vorgaben der Fachkonferenz.

Die vermeintliche Überlegenheit westlicher Industrieländer verschärft die Wahrnehmung von kulturellen Differenzen, wenn unterschiedliche Kulturen nicht als gleichberechtigt empfunden werden. Nationalistische und fundamentalistische Bewegungen beziehen daraus zum Teil ihre Wirksamkeit. Ursachen, Wirkungen und die Gefahr dieser Tendenzen für den Weltfrieden werden in diesem Themenbereich untersucht.

Wichtiger Aspekt einer kritischen Einschätzung von Globalisierung ist das Verhältnis von Globalisierung und Sozialstaat, um das es im zweiten thematischen Kernbereich geht. In den Industrieländern wird in diesem Zusammenhang die Reichweite sozialer Sicherungssysteme neu diskutiert. In den Entwicklungsländern charakterisieren dagegen Entbehrungen, Menschenrechtsverletzungen und sozialer Ausschluss die reale Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung. Immer mehr Menschen in den Entwicklungsländern sehen daher keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen.

Trotz positiver Trends in der Weltumweltpolitik bleiben Widersprüche in der ökologischen Ordnungspolitik ungelöst, da die derzeit geltenden internationalen Verhaltensstandards meist unter dem liegen, was Experten zur Abwendung der Umweltkrise für notwendig halten. Die Pluralisierung der Welt-Umweltpolitik durch Wirtschaftskonzerne, Umweltverbände und Wissenschaft hat positive Aspekte, beinhaltet aber auch die Gefahr, dass eine Einigung über globale Strategien erschwert wird.

Diskutiert werden im Zusammenhang der Globalisierung die Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Politik und demokratischer Entscheidungsprozesse sowie die Reichweite globaler ordnungspolitischer Instrumente und Regelungen. Dabei unterscheiden sich die Standpunkte je nach politischen Gruppeninteressen oder nationalen Interessen von Staaten.

Verbindliche Unterrichtsinhalte (zwei von fünf)/Aufgaben:	Themenstichworte:
Nationalismus und Fundamentalismus: Ursachen, Gefahren für den Frieden und die Menschenrechte	Ursachen, Problemfelder, Strategien; kulturelle Differenzen und politische Intoleranz, politischer und religiöser Fundamentalismus und Menschenrechte
Soziale Sicherungssysteme, Migration und deren Ursachen	Soziale Sicherung und Sozialpolitik in Industrie- und Entwicklungsländern; Diskussion einer ‚Weltsozialordnung'; Emigration, Migration, Integration; globale Strategien zur Armutsbekämpfung
Weltumweltpolitik	Akteure der Umweltpolitik; nationale Interessen und globale Umweltvereinbarungen; Nord-Süd-Ausgleich; Umweltschäden/Umweltkonflikte: Prävention, Nachhaltigkeit und Krisenmanagement
Politik im Zeitalter der Globalisierung	Verhältnis von Politik und Ökonomie: Chancen und Grenzen politischer Beteiligung und Entscheidung, „global governance", staatliche Ziele und Unternehmensziele

Kultur und Wissen	Nationale Identitäten, interkultureller Dialog und globale Wertesysteme; Frauen- und Geschlechterpolitik; Medien und Wissensgesellschaft zwischen freier Nutzung, politischer Steuerung und globaler Kommerzialisierung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse und Interpretation globaler Zusammenhänge
Kritische Reflexion und Bewertung von politischen Positionen und Transformationsprozessen
Adressaten- und fachbezogene Präsentation der Sachverhalte und Ergebnisse (z. B. Szenarien und Zukunftswerkstatt, Moderationsmethode und Debatten, kreatives Schreiben)
Besonderes Gewicht ist auf die eigenständige Planung und Durchführung der verschiedenen Formen der Teamarbeit zu legen.
Darstellung und Argumentation im Gespräch

Querverweise:	**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**
Welt- und Menschenbilder: G, Ek, Rka, Rev, Eth, Phil, Bio, Phy, Inf, E, F, Spa, Mu, Ku, GrA **Nationale Identität und regionales Bewusstsein:** E, F, Ita, L, Ek, Phil, G, Rev, Spa, Rus **Nationalismus, Vertreibung, Exil:** G, Rus, L **Pazifischer Raum:** Ek, E **Migration:** G **Sozialstaat:** E, F, Spa, G, Ek, Rka, Rev **Mensch und Kosmos:** Phy, Rka, Eth, L **19. und 20 Jahrhundert:** G, Rev, Phy	Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung Friedenserziehung Rechtserziehung Kulturelle Praxis

4. Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase

Dieses Profil beinhaltet die in der Einführungsphase (E1 und E2) und in der Qualifikationsphase (Q1 bis Q4) erworbenen Kenntnisse und Qualifikationen.

Grundkurse/**Leistungskurse**

Sachkompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler sollen über grundlegende Kenntnisse verfügen in den Bereichen und Problemfeldern von

- Ökologie (ökologische Kosten, Umweltpolitik),
- Ökonomie (soziale Marktwirtschaft und ökologische Anforderungen, Entwicklungstendenzen und Steuerung des Wirtschaftsprozesses, Instrumente der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung, internationale Wirtschaftsbeziehungen),
- Soziologie (Sozialstruktur, Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft),
- Politikwissenschaft (Verfassungsnorm und Verfassungsrealität in der Bundesrepublik, Partizipation und Repräsentation, Bedeutung der Medien, Bundesrepublik und europäische Integration),
- Internationale Beziehungen (Mittel und Ziele der Sicherheits- und Friedenspolitik, Entwicklungen und Krisen im Verhältnis der hochentwickelten Industriezentren zur Dritten Welt),
- Globalisierung.

Sie können **komplexe** Sachverhalte, Ereignisse, Probleme aus Politik, Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft **und Recht** mit diesen Kenntnissen analysieren, entwickeln auch auf dem Hintergrund theoretischer Ansätze ein Grundverständnis und Deutungswissen von politischen Systemen, **ökologischen Problemfeldern**, der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung sowie ihrer internationalen Verflechtungen. Sie verfügen über die Fähigkeit

- Informationen strukturiert wiederzugeben,
- Sachverhalte auf übergreifende Zusammenhänge zurückzuführen, unterschiedliche Interessen und Positionen zu analysieren, zu problematisieren**, nach dahinter stehenden theoretischen Konzeptionen zu fragen sowie die intendierten Lösungsansätze** und Konsequenzen für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung einzuschätzen,
- in der Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen und Kontroversen Bezüge zu strukturellen Problemen zu erschließen.

Methodenkompetenz:
Die Schülerinnen und Schüler sollen fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können. Sie sollen in der Lage sein,

- zu wirtschaftlichen, rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Fragen Material zu sichten, dessen Aussagefähigkeit einzuschätzen, es sachgerecht aufzubereiten, zu gliedern und angemessen darzustellen,
- eine differenzierte Stellungnahme zum angesprochenen Problem argumentativ zu entwickeln,
- Darstellungsformen und Arbeitstechniken zu kennen, fachspezifisch angemessen anzuwenden und deren Tragfähigkeit zu überprüfen,
- moderne Präsentationstechniken zu nutzen,
- **selbstständig** erarbeitete Projekte zu präsentieren und die Ergebnisse in einem Kolloquium zu vertreten.

Urteilskompetenz:
Die Schülerinnen und Schüler können Kontroversen, Probleme, Lösungen ***analysieren,*** sachlich überprüfen und ***einschätzen*** (Sachurteil). ***Werturteile politischer Positionen können sie erkennen; sie sind sich*** der eigenen Wertung bewusst und ***berücksichtigen bei ihrem Urteil nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch das allgemeine Wohl*** (Werturteil). Sie besitzen ein fachlich angemessenes Deutungswissen ***in folgenden Bereichen***:

- Sozialstruktur und Regierungssystem der Bundesrepublik
- Ökologie und Marktwirtschaft

- Internationale Beziehungen
- Globalisierung

Handlungskompetenz:
Die Schülerinnen und Schüler sollen an Beispielen Möglichkeiten und Reichweite politischen und ökonomischen Handelns belegen können. Sie sollen in der Lage sein,

- sich ein **eigenes** Urteil zu bilden und es in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen sachlich begründet argumentativ zu vertreten,
- Perspektivenwechsel zu vollziehen und eine andere als die eigene Meinung zu vertreten,
- in Konfliktsituationen nach Verständigung zu suchen und entsprechend zu handeln,
- die eigene Position in angemessener Form öffentlich zu vertreten **und auf theoretische Ansätze zurückzuführen.**